



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Jürgen W. Heike, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Peter Tomaschko, Bernd Kränzle, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/5850

Wirksame Bekämpfung linker Gewalttäter sicherstellen

1. Der Landtag verurteilt die gewalttätigen Ausschreitungen linksextremer Gruppen anlässlich der Einweihung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, bei denen 220 Personen, darunter 150 Polizisten, verletzt sowie zahlreiche Scheiben an Geschäften und Haltestellen, mehrere Polizeiautos und zwei Fahrzeuge der Feuerwehr beschädigt wurden.
2. Er fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bundesweite Programme gegen Linksextremismus und die sogenannte Extremismusklausel umgehend wieder eingeführt werden.
3. Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Staatsregierung, mögliche Konsequenzen für die Einsatzplanung für den G7-Gipfel in Elmau zu prüfen und Erkenntnisse aus den Vorfällen in Frankfurt in das bestehende G7-Sicherheitskonzept einfließen zu lassen, um solche Eskalationen wie in Frankfurt soweit wie möglich zu verhindern.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin